http://www.youm7.com/News.asp?NewsID=68146

02.02.2009 Al-Youm As-Sabi', Ägyptische Wochenzeitung

Nachdem Schleuser ihre Aktivitäten von Libyen nach Algerien verlegt haben

## Aisha Abdel-Hadi warnt Ägypter, nach Algerien zu reisen

- Bemühungen der Regierung zur Bekämpfung der illegalen Migration sind ineffizient -

## von Baha' At-Taweel

Aisha Abdel-Hadi, Ministerin für Arbeitskräfte und Migration, hat der Generalverwaltung für Arbeitserlaubnisse (angesiedelt im Innenministerium) darin zugestimmt, den Ägyptern keine Genehmigungen zur Arbeit in Algerien auszustellen, außer wenn der Arbeitsvertrag von der diplomatischen Vertretung beim Ministerium für Arbeitskräfte beglaubigt wurde. Abdel-Hadi äußerte sich, nachdem das Ministerium aufgedeckt hatte, dass Schleuser der illegalen Migration die Routen bei ihren Aktivitäten, Ägypter nach Europa zu schleusen, geändert haben, so dass diese nun über Algerien anstatt über Libyen führen.

Die Ministerin forderte die Ägypter, die zum Arbeiten nach Algerien gereist sind, dazu auf, sich wieder zum Ministerium zu begeben, um zu überprüfen, ob die dortigen Arbeitsplätze legal sind, und ob die Reiseunternehmen, mit denen sie Verträge geschlossen haben, eine offizielle, vom Ministerium beglaubigte Erlaubnis haben. Wie Frau Abdel-Hadi unterstrich, arbeitet das Ministerium gerade an einer Liste algerischer Firmen, mit denen zusammenzuarbeiten verboten ist, nachdem sie wiederholt Ägypter schlecht behandelt hätten.

Es wurde beschlossen, dass kommenden März das Ministerium für Arbeitskräfte in der Ägyptischen Botschaft in Algerien die erste Vertretung für Arbeitnehmerangelegenheiten eröffnen wird.

Dem Ministerium war ein aktueller Bericht vorgelegt worden, der bestätigte, dass in jüngster Zeit viele Ägyptische Arbeitskräfte nach Algerien geströmt sind, um dort mit Scheinverträgen zu arbeiten. Ebenso deckte es auf, dass es Schleuser gebe, die von jungen Ägyptern Geld dafür nehmen, sie von Algerien in Booten übers Mittelmeer nach Spanien oder Frankreich zu bringen. Die algerischen Gesetze sehen vor, Menschen, die illegal über algerisches Territorium migrieren, mit sechs Monaten Gefängnis zu bestrafen.